

Herr Eggert erläutert den Tagesordnungspunkt und stellt nochmals die Situation der Gemeinde Marienheide im Hinblick auf den Stärkungspakt Stadtfinanzen dar.

Bezüglich des Beschlussverfahrens wird darauf hingewiesen, dass die in der Vorlage farblich markierten Punkte einzeln zur Abstimmung gestellt werden.

### **Zusammenlegung von Grundschulen:**

Seitens der Verwaltung wird mitgeteilt, dass die Anlage zur Beschlussvorlage 058/12, die die Zusammenlegung von Grundschulen betrifft, dahingehend korrigiert werden müsse, als dass die Summe der Einsparungen jährlich nicht wie ausgewiesen 15.500,-- €, sondern 32.500,-- € betragen werde. Diese Änderung resultiere aus einer Einsparung bei den Personalkosten bei einem Stundenumfang von 20 Std./Woche in Höhe von 27.000,-- € sowie einzusparender Sachkosten in Höhe von 5.500,-- €

Herr Eggert geht auf die Irritationen bzw. von politischer Seite in der Presse veröffentlichten Zahlen zu Migrantenkinder an der KGS Marienheide ein, die durch die differenzierte Auslegung der Begriffe „Migranten“, „Aussiedler“ bzw. „Ausländer“ entstanden sind. Es wird klargestellt, dass die durch die Verwaltung zur Verfügung gestellten Daten der von den Grundschulen jährlich zu erstellenden amtlichen Schulstatistik entnommen worden sind.

Des Weiteren werden Ausführungen hinsichtlich der Bildung eines Grundschulverbunds, bestehend aus der Gemeinschaftsgrundschule Marienheide und der Katholischen Grundschule Marienheide, gemacht. Darüber hinaus wird auf die Tischvorlage verwiesen, aus der die prognostizierte Anzahl an katholischen Kindern, die in den ausgewiesenen Schuljahren im Gebiet Marienheide schulpflichtig werden, ersichtlich ist. Für die Schuljahre 2014/2015 bis 2017/2018, die dann die Jahrgänge 1 bis 4 bilden, wären dies insgesamt nur 70 Kinder.

Herr Eggert macht deutlich, dass bei der Einrichtung einer Verbundschule die Möglichkeit eröffnet werde, eine teileigenständige Bekenntnisschule zu erhalten.

Im Anschluss informiert die für die Marienheider Grundschulen zuständige Schürätin vom Schulamt für den Oberbergischen Kreis, Frau Hufgard, über die Vorteile bzw. Chancen bei der Bildung eines Grundschulverbunds. Sie weist nachdrücklich darauf hin, dass bei der Bildung einer Verbundschule und dem damit gesicherten Erhalt der Katholischen Grundschule keine der derzeit für katholische Kinder und Eltern bestehenden Rechte verloren gingen.

Nachfolgende Punkte werden insbesondere für die Bekenntnisschule als Teilstandort im Grundschulverbund besonders hervorgehoben:

- Profilierung des schulspezifischen Konzepts durch Anmeldung katholischer Kinder.
- Eigenes Schulleitungsmitglied im Verbund, das das katholische Bekenntnis hat.
- An einer größeren Verbundschule können Lehrer entsprechend ihrer Ausbildung fachspezifisch eingesetzt werden, da ein gemeinsamer Fachlehrer-Pool gebildet werden kann. Derzeit unterrichten Grundschullehrkräfte in der Regel in fast allen Fächern nach dem Klassenlehrerprinzip, wurden jedoch nur für zwei Fächer ausgebildet.

- Das Fachlehrerprinzip unterstützt die Kompetenzentwicklung der Kinder, gerade im Hinblick auf die weiterführenden Schulen.
- Lehrkräfte können sich in einem größeren System für die Förderung von Kindern mit besonderem Förderbedarf spezialisieren (Begabtenförderung, LRS-Förderung, Dyskalkulie, u.a.).
- Die Schule kann so genannte Förderbänder entwickeln, so dass in paralleler Nutzung der Förderangebote für alle Kinder während der Kernzeit Förderung stattfindet. Förderkurse müssen dann nicht wie bisher nach dem Regelunterricht angeboten werden. Nicht nur leistungsschwache Schüler erhalten Förderunterricht.
- Es wird ein gemeinsames Lehrerkollegium gebildet. Bei spezifischen Belangen des katholischen Zweigs finden eigene Konferenzen der Schulpflegschaft (Teilschulpflegschaft) und der Schulkonferenz (Teilschulkonferenz) statt.
- Die eigene Identifikation der Katholischen Grundschule wird durch den Zeugnis-kopf „Schulverbund – katholische Grundschule im Schulverbund“ gewährleistet.

Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass derzeit der Richtwert für die Genehmigung einer Lehrerstelle bei 23,4 Schülern liege. Bei sinkenden Schülerzahlen habe dies zur Folge, dass für die Katholischen Grundschule in absehbarer Zeit nicht mehr genügend Lehrerstellen zur Verfügung stünden und daher jahrgangsgemischt unterrichtet werden müsse.

Frau Vetter informiert den Ausschuss über ein Elternschreiben der Gemeinschaftsgrundschule Marienheide, aus dem hervorgehe, dass die Bildung eines Schulverbunds befürwortet werde.

Es schließt sich eine kontroverse Diskussion an. Hierbei wird deutlich, dass Bedenken gegen die Bildung eines Schulverbunds bestehen. Es wird die Auffassung vertreten, dass auch weiterhin eine selbständige Bekenntnisschule am Schulstandort Marienheide angeboten werden solle, um auch künftig ein breit gefächertes Schulangebot zu gewährleisten und dem Elternwillen, der für die Schulwahl entscheidend ist, gerecht zu werden. Andere Ausschussmitglieder vertreten die Auffassung, dass durch die Bildung einer Verbundschule derzeit bestehende Integrationsprobleme der Schüler mit Zuwanderungsgeschichte verringert würden.

Für eine Ergebnisfindung beantragt Herr Coroly eine namentliche Abstimmung. Diesem Antrag wird mit 10 Ja-Stimmen, einer Enthaltung und 4 Nein-Stimmen entsprochen.

Folgender Beschlussvorschlag wird zur Abstimmung gestellt:

Dem Rat der Gemeinde wird empfohlen, die GGS Marienheide und KGS Marienheide ab dem Schuljahr 2013/2014 in einem Schulverbund gem. § 83 Abs. 1 und 2 Schulgesetz zusammenzuführen, indem die KGS auch weiterhin ihr Bekenntnis bezogenes Schulprofil darstellen und leben kann.

Ergebnis der namentlichen Abstimmung:

Vorsitzender

Herr Stephan Alefelder	WfM	nein
Ratsmitglieder CDU Herr Marc Coroly	CDU	nein
Ratsmitglieder SPD Herr Harald Kramer	SPD	ja
Frau Birgit Meckel	SPD	ja
Frau Anke Vetter	SPD	ja
Ratsmitglieder FDP Frau Emmi Körbel	FDP	ja
Herr Jürgen Rittel	FDP	ja
Ratsmitglieder UWG Herr Manfred Kreßner	UWG	nein
Ratsmitglieder WfM Herr Wilfried Schneider	WfM	nein
Sachkundige Bürger CDU Herr Salvatore Bringheli	CDU	nein
Frau Simone Linden	CDU	nein
Sachkundige Bürger SPD Frau Andrea Kristek	SPD	ja
Frau Kirsten Zander-Wörner	SPD	ja
Sachkundige Bürger UWG Frau Ulrike Goldbach	UWG	nein
Sachkundige Bürger WfM Herr Stefan Wedemeyer	WfM	nein
Abstimmungsergebnis:	7-Ja, 8-Nein, keine Enthaltung	

### **Kostenreduzierung im Schulbereich**

Herr Eggert informiert den Ausschuss darüber, dass dieser Punkt die Bereiche Schulschwimmen, Schülerbeförderung, Sach- und Dienstleistungspauschale sowie Sach- und Kopierkosten umfasst.

#### Schulschwimmen

Seitens des Ausschusses wird deutlich gemacht, dass der Erhalt des Schwimmunterrichts zumindest für den Grundschulbereich enorm wichtig sei. Es solle gewährleistet werden, dass möglichst alle Kinder beim Übertritt in eine weiterführende Schule

schwimmen können.

Herr Krug führt aus, dass bei einem Wegfall des Schwimmunterrichts an der Gesamtschule Marienheide seine Schule im Wettbewerb der weiterführenden Schulen Nachteile erleide und im Übrigen zur Kompensation durch Sportunterricht nicht ausreichend Hallenkapazitäten vorhanden wären.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass Veränderungen im Bereich des Schulschwimmens und damit zusammenhängende Einsparungen wegen bestehender vertraglicher Bindungen erst zum Schuljahr 2013/2014 umgesetzt werden könnten.

Da es Irritationen hinsichtlich der Höhe der Kosten für das Schulschwimmen gibt, erläutert Herr Garn die Gegebenheiten des Schulschwimmens.

Der Ausschuss stimmt über den Schwimmunterricht an den Grundschulen und der Gesamtschule zusammen ab. Eine Differenzierung kann aber im Rat noch vorgenommen werden.

#### Folgender Beschlussvorschlag wird zur Abstimmung gestellt:

Dem Rat der Gemeinde Marienheide wird empfohlen, das Schulschwimmen entfallen zu lassen.

#### Abstimmungsergebnis:

0-Ja, 0 Enthaltungen, 15-Nein

#### Sach- und Dienstleistungspauschale

Seitens der Verwaltung wird eine pauschale Reduzierung der entsprechenden Haushaltsansätze um 10% vorgeschlagen.

Herr Krug hält eine darüber hinaus gehende Reduzierung nicht für vertretbar. Auch Frau Khaliji äußert sich dahingehend, dass ein fachgerechter Unterricht bei weiteren Kürzungen nicht mehr gewährleistet werden könne.

#### Folgender Beschlussvorschlag wird zur Abstimmung gestellt:

Dem Rat der Gemeinde Marienheide wird empfohlen, die Sachkosten wie vorgeschlagen zu reduzieren.

#### Abstimmungsergebnis:

8-Ja, 1 Enthaltung, 6-Nein

#### Sach- und Kopierkosten

Die beabsichtigte Kostenersparnis im Kopierbereich wird umfassend diskutiert. Insbesondere wird thematisiert, wie sich die jährlich regelmäßig hohe Anzahl der durch die Schulen gefertigten Kopien verringern lassen könne. Es sei daher vorgesehen, ab dem Schuljahr 2014/2015 mit Abschluss eines neuen Mietvertrags die für die Schulen ver-

fügbare Zahl an Inklusivkopien zu halbieren. Im Übrigen seien die Schulen bereits angehalten worden, die Anzahl an Inklusivkopien, die dem derzeit laufenden Mietvertrag zugrunde liegen, nicht mehr zu überschreiten, so dass sich dann die im Sanierungsplan ausgewiesene Einsparung ergebe.

Folgender Beschlussvorschlag wird zur Abstimmung gestellt:

Dem Rat der Gemeinde Marienheide wird empfohlen, die Sach- und Kopierkosten wie vorgeschlagen zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

10-Ja, 0- Enthaltung, 5-Nein

Schülerbeförderung

Wegen der jährlich zu erwartenden Kostensteigerung im Bereich der Schülerbeförderung wurde bei den Haushaltsmittelanmeldungen eine pauschale Steigerungsrate berücksichtigt.

Durch eine spitzere Kalkulation der Haushaltsansätze ergeben sich die im Sanierungsplan dargestellten Einsparungsbeträge.

Folgender Beschlussvorschlag wird zur Abstimmung gestellt:

Dem Rat der Gemeinde Marienheide wird empfohlen, die Kosten für die Schülerbeförderung wie vorgeschlagen zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

15-Ja, 0- Enthaltung, 0-Nein

**Sporthallen**

Aufgabe der Turnhalle Rodt

Herr Eggert weist darauf hin, dass es sich bei dem einzusparenden Betrag um Unterhaltungs-/ Bewirtschaftungs- bzw. Sanierungskosten für die Turnhalle Rodt handele. Diese geplante Einsparung bedeute nicht zwangsläufig die Aufgabe der Sporthalle. Ziel müsse sein, dass der TV Rodt Müllenbach die Halle übernehme und weiter betreibe. Bei Entfall der Halle Rodt wird hinsichtlich des Schulsports in Erwägung gezogen, hierfür die Turnhalle Kotthausen zu nutzen, was Kosten in Höhe von jährlich ca. 11.000,-- € verursachen würde.

Der TV Rodt-Müllenbach sei aufgefordert, bis Jahresende ein Konzept sowie verbindliche Konditionen vorzulegen, aus denen ersichtlich sei, wie die Turnhalle Rodt weitergeführt werden könne.

Herr Bielecke merkt an, dass sich bei einer Verlegung des Schulsports nach Kotthausen die tatsächliche Unterrichtszeit durch den erhöhten Fahrzeitaufwand nochmals reduziere.

Seitens des Ausschusses stellt sich die Frage, ob die Größe der Turnhalle Kotthausen für den Schulsport ausreichend sei. Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass die Sporthallen in Marienheide über keine weiteren Kapazitäten verfügen, um dort das derzeit in der Halle Rodt stattfindende Sportangebot kompensieren zu können. Auch müsse bedacht werden, dass bei einem Verzicht auf das Schulschwimmen für die Gesamtschüler eine stärkere Nutzung der Turnhallen in Marienheide erforderlich sein werde. Aus diesen Gründen sei der Erhalt der Turnhalle Rodt unverzichtbar.

Folgender Beschlussvorschlag wird zur Abstimmung gestellt:

Dem Rat der Gemeinde Marienheide wird die Aufgabe der Turnhalle Rodt empfohlen, jedoch mit dem Ziel des Erhalts der Halle durch den TV Rodt-Müllenbach.

Abstimmungsergebnis:

9-Ja, 0- Enthaltung, 4-Nein

Einführung Hallenbenutzungsgebühren

Herr Eggert informiert den Ausschuss darüber, dass kürzlich in dieser Angelegenheit ein Gesprächstermin mit den Hallennutzern stattgefunden habe. Hierbei sei durch die Vereine der Wunsch geäußert worden, die Hallenbenutzungsgebühr an die Anzahl der jeweiligen Vereinsmitglieder zu koppeln.

Um Einnahmen in Höhe von 30.000,-- € zu erzielen, würde dies bei einer derzeitigen Mitgliederzahl von 3.540 Mitgliedern einen Betrag in Höhe von 8,47 € / Mitglied bedeuten. In den Folgejahren wäre eine lineare Steigerung erforderlich, um innerhalb der nächsten drei Jahre (bis 2016) zunächst die Summe von 55.000,-- € zu erzielen. In den beiden Folgejahren (bis 2018) wäre eine weitere lineare Steigerung erforderlich, um einen Betrag von jährlich 68.700,-- € zu erwirtschaften.

Der Ausschuss sieht das Erfordernis zu Einführung einer Hallenbenutzungsgebühr, und hält die genannte Höhe für vertretbar. Herr Coroly merkt an, dass es erforderlich sei, eine kreisweite Regelung für Hallenbenutzungsgebühren anzustreben.

Folgender Beschlussvorschlag wird zur Abstimmung gestellt:

Dem Rat der Gemeinde Marienheide wird empfohlen, Hallenbenutzungsgebühren für die gemeindlichen Sportstätten wie vorgeschlagen einzuführen.

Abstimmungsergebnis:

11-Ja, 0- Enthaltung, 1-Nein

**Erhöhung Elternbeiträge OGS**

Herr Eggert erläutert diesen Punkt des Sanierungsplans und weist darauf hin, dass die im Sanierungsplan aufgeführte Summe von 18.900,-- € zusätzlich zu den Kosten der Träger über Elternbeiträge finanziert werden solle. Die Verwaltung werte diesen Betrag als Anteil an den Betriebskosten. Diese habe die Gemeinde bisher alleine getragen. In-

zwischen lägen aber auch berechnete Forderungen der Träger vor, den ihnen zustehenden Zuschuss zu erhöhen. Diese Kosten müssten durch eine Erhöhung der Elternbeiträge zusätzlich aufgebracht werden, um die Einsparungssumme im Sanierungsplan zu erhalten.

Folgender Beschlussvorschlag wird zur Abstimmung gestellt:

Dem Rat der Gemeinde Marienheide wird empfohlen, die OGS-Beiträge wie vorgeschlagen zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:  
einstimmig